

Saale-Zeitung.

Anzeigen

werden die Spaltezeit oder deren Raum mit 20 Pfg. ...

Neunundzwanzigster Jahrgang.

(Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei monatlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., ...

Für die Redaktion verantwortlich; Hans Pantus in Halle.

(Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc. Anschluss-Nr. 176.)

Nr. 603.

Halle a. d. Saale, Freitag den 27. Dezember.

1895.

Mittelalterliche Strafarten.

Der Prozeß von Marienberg hat die öffentliche Meinung auf die Zustände in preussischen Irrenanstalten gelenkt. Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß auch außerhalb Preussens in manchen Heilanstalten viel zu wünschen übrig bleibt.

Herr Wellage ist freigegeben worden. Neuerdings aber hat sich ein forschendes Drama abgepielt, das nicht mindere Bewunderung in weiten Kreisen erregt hat. In dem Brauereiprozesse hat die öffentliche Meinung nicht so scharf geurteilt wie in dem Marienberger, weil es sich in dem einen Falle um eine fahrlässige Anstalt, in dem anderen um einen Sozialdemokraten als öffentlichen Ankläger handelte.

Nur mit tiefer Trauer können wir solche Verhandlungen lesen. Wie kam man einem Menschen die Hände auf den Rücken binden und gleichzeitig über den Mund eine so feste Wunde schließen, daß er im Gesicht blau wird? ...

In der neuesten Zeit aber hat man abermals von einer Strafe erlassen, die der Öffentlichkeit bisher unbekannt war. In der Württembergischen Kammer ist über eine Schrift eines Julius Pfeiffer aus Sondheim mit Verhandlungen in der Strafanstalt zu Stuttgart und in der Irrenanstalt zu Heilbronn verhandelt worden. Da ist festgestellt worden, daß Pfeiffer auf drei Monate das Spandauer Eisen mit einer Kuppel angelegt worden und daß der Justizminister v. Faber erklärte, Spandauer Eisen seien eiserne Bänder, die über den Knöcheln angelegt werden, mit Sporen. Das Eisen werde zusammengeklammert als Mittel gegen das Einsteigen in einen Arbeitstisch.

Deutsches Reich.

Sols- und Personalnachrichten.

Wie aus Paris gemeldet wird, überreichte am Dienstag der deutsche Botschafter Graf Münster im Auftrage des deutschen Kaisers dem Präsidenten Faure ein Exemplar der von dem Kaiser entworfenen Allegorie: „Mittler Europas, wahrer ewiger Brückenbau“.

München, 24. Dez. Der Kaiser von Oesterreich ist heute früh 7 Uhr hier eingetroffen und wurde vom Prinzen und der Prinzessin Leopold am dem Bahnhof empfangen.

Die „Konservative Korrespondenz“ gegen Herrn Söderer.

Wie die „Kreuzzeitung“ hat nun auch das offizielle Organ der deutsch-konservativen Partei, die „Konf. Korr.“ die unter der Leitung des Herrn Hofprediger und Mitgliedes des geschäftsführenden Herrn-Ausschusses der konservativen Partei in Königsberg begründete „Christlich-soziale Vereinigung für Schlesien“ in die Acht erklärt. Die Auflösung der „Konf. Korr.“ lautet wie folgt: „Trägt schon die Bildung des Reichstages, dem der besagte Hofprediger Söderer angehört, einen gegen die konservativen Partei gerichteten demokratischen Charakter, so ist der vorliegenden Blättern mitgeteilt, daß der Herr Söderer, neben dem Einflüssen Herrn Söderer's nicht mehr zugänglichen „Wort“ auch das demokratisch-soziale Blatt des Herrn Viktor Naumann, die „Hilfe“, als Substitutionsorgan zu betrachten, sowie die zarte Rücksichtnahme auf die „Jungen“ bei den Verhandlungen nicht geeignet, die politische Richtung, die jene „Vereinigung“ zu verfolgen beabsichtigt, ein Schlaglicht zu werfen. Neben diesen Erwägungen, die es konserverativen Partei-Genossen verbieten, an der angeblich christlich-sozialen Vereins-Gründung sich zu beteiligen, muß auch noch der Umstand bestritten hervorgerufen, daß bei der konstituierten Reichsversammlung, die sich am 27. Dezember in Berlin abgehalten hat, der Herr Söderer, der schon wiederholt bei Reichstagsdebatten als Gegenkandidat konservativer Parteimänner aufgetreten ist, als Wortführer sich betätigt hat, und sogar bei der abendlichen Volksversammlung, an der Herr Söderer als Redner auftrat, den Vortritt führte. Offenbar hat von diesem Umstande der Hofprediger seine Kenntnis gehabt (mal na) schon aus diesem Grunde aber muß er zur Sprache gebracht werden. Der Wahlauflauf in Halle-Verford, dessen Wendung zu Ungunsten der Konservativen nur dem Auftreten eines als Christlich-Sozialen verkleideten Mitgliedes der deutsch-sozialen Reformpartei zu verdanken ist, fordert zur Aufmerksamkeit auf, und macht den Wunsch, daß auch gegenüber der Reformpartei völlige Klarheit geschaffen werde, zu einem unabweisbaren. In jedem Falle erregten wir es für geboten, unsere Partei-genossen vor dem Beitritte zu der „Christlich-sozialen Vereinigung für Schlesien“ auf das dringende zu warnen. Wird aber von einigen Blättern die abendliche Volksversammlung mit der Vereinsgründung in einen Topf geworfen und behauptet man, Herr Hofprediger Söderer habe sich an dieser Gründung beteiligt, so ist das ebenso fälschlich als das Vermögen, Söderer's Rede, die durchaus auf konservativer Grundlage fuhte, als „gemeingefährlich“ auszugeben. Die Frage zu beantworten, ob es richtig gewesen sei, daß Herr Söderer überhaupt überhaupt nach Königsberg sich begeben hat, ist hier nicht der Ort; jedenfalls ist seine Absicht, die in das Jahrwasser der „Jungen“ geleitete christlich-soziale Bewegung Schlesien's für die konservative Partei zu „leiten“ unabweisbar gewesen.

Die Wendung, es sei „hier nicht der Ort“, die Frage zu beantworten, ob es richtig war, daß Herr Söderer überhaupt überhaupt nach Königsberg sich begeben hat, ist hier nicht der Ort; jedenfalls ist seine Absicht, die in das Jahrwasser der „Jungen“ geleitete christlich-soziale Bewegung Schlesien's für die konservative Partei zu „leiten“ unabweisbar gewesen.

In gewisser Hinsicht sieht es mit Herrn Söderer ganz ähnlich, wie mit Herrn von Sammler. Damit ist nicht gemeint, daß sich der Hofprediger ehrenrühriger Dinge verdinglich gemacht habe; aber auch er ist innerhalb der Partei weniger geschäftlich als außerhalb derselben. Freilich, ein anderer als Herr Söderer würde sich bei einem offiziellen Verweis u. dgl. nicht beruhigen. Aber der Herr Hofprediger hat alle Ursache, nicht gar zu genau zu nehmen, wäre es auch nur, um denjenigen, die ihn — in der „Nordd. Allg. Ztg.“ — für einen „Revolutionär“ ausgeben, ein Schnippen zu schlagen. Die „Kreuzzeitung“ giebt die obige Auslassung der „Konf. Korr.“ ohne Kommentar wieder, und das ist erklärlich, denn der Angriff des offiziellen Parteiorgans auf ihren Liebling muß ja das Blatt in schwere Verlegenheit bringen.

Kolonien.

Aus Deutsch-Ostafrika sind zum Weihnachtsfeste sehr erfreuliche Nachrichten eingetroffen. Nachdem schon vor einiger Zeit berichtet worden, daß der eine der Unruhestifter im südl. Teil der ostafrikanischen Schutzgebiete, Hassan Dan Omar, gefangen genommen worden, ist, wie wir hören, heute die Meldung eingegangen, daß das andere Haupt der dortigen Unruhen, M a t e m b a, sich unterworfen, eine hohe Strafe in Eisenbande geknüpft und seine Wunden angeleitet hat. Gleichzeitig ist eine ebenso erfreuliche Meldung aus einem anderen Teile der Kolonie eingegangen: es ist dem Lieutenant von Lepous nach monatelangen Verhandlungen gelungen, den Quana der rüberischen Wäpese zum Abschluß eines Friedensvertrages zu bestimmen.

Man darf diese ohne Kämpfe erzielten Erfolge unweifelhaft auf das außerordentliche Ansehen zurückführen, welches der Name des Gouverneurs von Ostafrika, Herr v. Wissmann, auf sich zu ziehen vermag. Um so mehr darf erwartet werden, daß, falls es wirklich Bestrebungen geben sollte, die gegen Wissmann's maßgebenden Einfluß in Deutsch-Ostafrika gerichtet sind — wie behauptet wird — dieselben erfolglos bleiben werden.

Die Konzeption, welche der Lebensversicherungsgesellschaft für Südwestafrika seitens der Regierung übergeben worden, erstreckt sich auf eine Fläche von 20,000 qkm im Bezirke von Windhoek, Hoachanas und Gobabis. Von den durch den kaiserlichen Landeshauptmann als Kronland erklärten oder noch zu erklärenden Gebieten darf die Gesellschaft für ihre Zwecke jeweils vier Fünftel in einer zusammenhängenden Fläche oder in einzelnen Stücken, die in der Regel nicht unter 500 qkm groß sein sollen, auswählen. Die kaiserliche Regierung übernimmt es, dafür Sorge zu tragen, daß der Gesellschaft, soweit nicht besondere Umstände es unmöglich machen, von dem verbleibenden Lande im Durchschnitt jährlich mindestens 1000 qkm zur Auswahl gestellt werden. Das verbleibende Land darf nur mit Reichsangehörigen oder deutsch-reisenden Auswanderern von Deutschen besiedelt werden. Zur Aufzählung anderer Ausbilder bedarf es der Genehmigung der kaiserlichen Regierung. Von den aus dem Verkauf und der Verpachtung von Grundstücken, sowie aus ähnlichen Geschäften erzielten Erträgen hat die Gesellschaft die Hälfte von 10 Proz. an die Regierung zu entrichten. Die Gesellschaft ist ferner verpflichtet, aus diesen Erträgen je nach ihren verfügbaren Mitteln bis zu 30 Prozent, mindestens aber 15 Proz. auf Meliorationen des Landes, wie z. B. Bewässerungsanlagen, Weidenbauten, Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, zu verwenden. Die der Gesellschaft verbleibenden Erträge sind, so lange sie unbent in Besitz der Gesellschaft verbleiben, sowie für einen Zeitraum von fünf Jahren, nachdem sie verkauft oder in Verpachtung genommen worden sind, von allen Abgaben und Steuern befreit.

Rechtsgesellschaft die Regelung der Viehverpachtung. In einer Antwort, die der preussische Landwirtschaftsminister auf eine Eingabe des Verbandes der deutschen Viehverpachtungsgesellschaften erstellte, hat er über die Frage einer rechtsgesetzlichen Regelung des Viehverpachtungswesens nach der „N. A. Z.“ folgende Mitteilungen gemacht:

- 1. Die Vorarbeiten für die rechtsgesetzlich mehrfach angeordnete rechtsgesetzliche Regelung des Viehverpachtungswesens sind unterwegs wieder aufgenommen, und ihr Ergebnis bleibt abzuwarten. Aber die, auch den Versicherungsgesellschaften in erster Linie erwünschte rechtsgesetzliche Regelung nicht erreichbar sein sollte, würde der Ertrag eines allgemeinen Landesgesetzes über das Viehverpachtungswesen in Frage kommen; die besondere gesetzliche Regelung des Viehverpachtungswesens empfiehlt sich dagegen nicht. 2. Die Konzeption der Gesellschaften wird auch jetzt zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Jedoch wird darauf Bedacht genommen werden, in den Gebietsstellen, wo es einer Konzeption zum Betriebe der Viehverpachtung nicht bedarf (in den neuen preussischen Provinzen), das länderliche Publikum in geeigneter Weise auf die mit der Viehverpachtungswesen nicht genügend fundierten Gesellschaften verbundenen Gefahren aufmerksam zu machen. 3. Die Durchführung einer Sachverständigen für im Prozeß besagte Schäden ist schon jetzt in den Allgemeinen Bestimmungen über den Rechnungsabluß von Sozials- und Viehverpachtungsgesellschaften vom 16. November 1881 vorgesehrieben. Infolge der Eingabe werden die Landesverwaltungen beauftragt werden, der Regelung der Vorrichtung bei Prüfung der jährlichen Rechnungsabläufe ihr Augenmerk zuwenden. Dem Verbandsgeheiß eine Gesellschaft sich der Regelung der Vorrichtung entzieht, unter Angabe der betreffenden Umstände bei der Landespolizeibehörde vorzulegen zu werden, welche die unmittelbare Aufsicht über die Gesellschaft ausübt. 4. Der Vorrichtung, auch die Orts- und Kreisverpachtungsgesellschaften zur Aufstellung jährlicher Geschäftsabläufe zu ver-

anlassen, in den für die Verwirklichung dieser Rechte zuständigen Landesparlamenten zur Erwägung und eventuellen Berücksichtigung mitgeteilt worden.

### Die Verpflegung-Stationen.

Bei der Veranlagung des Geleisnetzes betreffend die Verpflegungsstationen in der letzten Session des preussischen Abgeordnetenhauses wurde sowohl von Seiten der Regierung wie von verschiedenen Abgeordneten aus den westlichen Landestheilen darauf hingewiesen, dass eine baldige gesetzliche Regelung dieser Materie dringend notwendig sei, wenn nicht die bereits bestehende freiwillige Organisation der Verpflegungsstationen in mehreren Jahren ein starker Rückgang der Verpflegungsstationen feststellen. Im Jahre 1892/93 befanden in 362 von den 545 Kreisen der Monarchie und in einem Oberamtsbezirk der Hohenzollernschen Lande noch 897 Verpflegungsstationen. Um die Mitte des vorigen Jahres war die Zahl bereits auf 745 gesunken, also um 152 verringert. Wohl nur die Annahme, dass mit der gesetzlichen Ordnung der Angelegenheit eine starke staatliche Unterstützung in Aussicht steht, vergebte einen noch bedeutenderen Rückgang. Die Verpflegungen, welche sich an die Abfertigung des Geleisnetzes knüpfen, scheinen sich denn auch leider in vollstem Maße als begründet zu erweisen. Aus verschiedenen Landestheilen wird eine weitere erhebliche Abnahme der Zahl der Verpflegungsstationen gemeldet, und es werden sich die Anzeichen dafür, dass durch den Fortfall der Geleise aus der lex Sine und die damit näher rückende Notwendigkeit der Erhebung starker Kreisabgaben das Weg der Stationen in fast allen Kreisen sich mehr und mehr lockert. Allein in der Provinz Posen-Masowien sind in der letzten Zeit acht Verpflegungsstationen eingegangen, und man sagt die Verpflegungsstationen werden im nächsten Jahre ab nur noch sehr wenige Stationen werden halten lassen. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, wenn die Freunde der Einrichtung, über deren Nutzen kaum noch Zweifel bestehen, den dringenden Wunsch äußern, es möchte in der kommenden Landtagsession gelangen, eine Einigung zwischen Regierung und Volksvertretung über die gesetzliche Regelung des Verpflegungsstationenwesens herbeizuführen. Eine derartige Regelung wird sich über kurz oder lang doch als unbedingt notwendig erweisen, und es wäre zu bedauern, wenn der Zeitpunkt derselben so weit hinausgeschoben würde, daß die bestehende freiwillige Organisation nicht mehr zur Grundlage genommen werden könnte.

### Berichte über die Mittelungen.

- \* Wie die „Ab. Corr.“ hört, erwartet man in Kürze die Ernennung des Oberstaatsanwalts Hamm in Köln zum Oberstaatsanwalt beim Reichsgericht.
- \* Wie das „Völkische Zeitblatt“ meldet, wurde der Reichsanwalt Galki zum Reichsgerichtsrath und der Oberlandesgerichtsrath Heinemann, bisher Vorsitzender der Reichsanwaltschaft, zum Reichsanwalt ernannt.
- \* Aus Berlin wird dem „Hamb. Korresp.“ gemeldet, daß in der Nacht vom 17. zum 18. d. M. von den Reichsrenten eine Anzahl Personen verhaftet wurde, die als Reizmittel und Sachverständige in dem Prozesse über Verhaftungen gemacht haben. Unter anderen hätten in Sachen eines Schreiberabfertigungsbüros, der ein widersprüchliches Gutachten in dieser Angelegenheit abgegeben hat, Verhaftungen stattgefunden.
- \* In dem Vernehmen des Landgerichtsdirektors Draufwetter ist nach der Mitteilung eines Berliner Waiates eine Veränderung nicht eingetreten. Der Verhaftete befindet sich in einem außerordentlich günstigen Krankheitszustand.
- \* Dr. Dammiller, Hilfsarbeiter beim Gouvernement von Ostpreußen, ist neueren Nachrichten aus Danzig zufolge erkrankt, so daß man annimmt, er werde demnächst nach Deutschland zurückkehren. Dr. Dammiller ist erst am 11. Aug. am Orte des Gouvernements eingetroffen.
- \* Gegen den Richter Wehlan ist ein neuer Verhandlungstermin vor der Disziplinarkommission in Potsdam am den 7. Jan. nächsten Jahres anberaumt worden.
- \* Herr v. Zoller, der Lehnsherr von Fuchsmühl, ist, wie die „Allg. Zeitg.“ mittheilt, zum Landgerichtsdirektor in Regensburg befördert worden. In der erfolgten Beförderung des Herrn v. Zoller ist an sich nichts Auffälliges zu finden, wohl aber erregt es einiges Bedauern, daß er gerade nach der Oberpfalz versetzt worden ist, zu der Fuchsmühl dem Reich v. Zoller darin gleichsam ein Act Genugthuung, die dem Herrn v. Zoller von höchster Stelle erwiesen werden sollte.
- \* Am 1. Rogge sankt hat die Staatsanwaltschaft nach am letzten Tage, bevor das Urteil rechtskräftig wurde, Revision eingelegt.
- \* Dem Finanzdirektor v. Bennigsen, der wegen Zweifeln auf drei Monaten Festung verurtheilt war und diese Strafe vor zwei Wochen angetreten hatte, ist, wie der „Hamb. Korresp.“ meldet, der Straftat im Gnadewege erlassen.
- \* Der Journalist Ferdinand Gieseler ist in London gestorben. Er war in London ein thätiges Mitglied der sozialdemokratischen Partei, unterhalb deren er in früheren Jahren viele Kämpfe durchgemacht hatte.

**Brenzlau.** 26. Dez. Landgerichtspräsident Altsch, Mitglied des Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis Brenzlau-Angermünde, ist gestern an Herablassung plötzlich gestorben.

**Marine Nachrichten.** Laut telegraphischer Meldung an das Oberkommando der Marine in S. M. S. „Stoß“, Kommandant Kapitän zur See Thiele, am 23. Dez. in Haiti angekommen und beabsichtigt am 7. Jan. 1896 nach Havanna in See zu gehen.

## Anslaud.

### Türkei.

Im Vordergrund des Interesses stehen die Vorgänge um Aintab, wo eine große türkische Truppenmacht zusammengezogen worden war, um die anständigen Armenier, welche die türkische Garnison dieses Platzes gegessen und niedergemetzelt hatten, gerechtfertigt zu bestrafen. Am Dienstag wurde über die Lage am Konstantinopel gemeldet:

Die Stellung der Anständigen von Belton ist von zehn Bataillonen und zwei Batterien umzingelt. Die von den Armeniern angebotenen Uebergebungsbedingungen sind zurückgewiesen worden; von den Unterhändlern wurden fünfzig als Geiseln zurückgehalten und die übrigen mit der Forderung beurlaubt. Eine Antwort auf diese Forderung ist noch nicht erfolgt. Die Befestigung von Belton hat noch nicht begonnen; bis jetzt wurden nur Schuttschiffe abgeben. Vier Franzosenwunden, die man bisher vermisse, haben sich nach Belton geflüchtet, wo sich außer Anständigen auch viele am Aufstande nicht betheiligte Familien befinden, die aus dem benachbarten gefährdeten Gegenden dorthin geflohen sind. Aus diesem Grunde haben die Vorkämpfer zu Interventionen beschloffen.

Gestern ist nun die telegraphische Meldung eingelaufen, daß die türkischen Truppen in Belton angekommen sind. Die Anständigen sollen sich in die Berge geflüchtet haben.

### Kuba.

Der kühne Bericht der Anständigen, die Truppen des Marquis Martinez Campos bei Colon zu besiegen und dann in der Richtung auf Havana vorzurücken, ist zwar anfänglich gelungen, doch wurden die Infanteristen schließlich, wenn man den amtlichen Depeschen voll Glauben schenken darf, völlig gesprengt.

Ein Telegramm aus Havana meldet: Die Anständigen unter Gomez in einer Stärke von 12.000 Mann mit 6 Kanonen erreichen Jovellanos, westlich von Colon. Auf ihrem Marsch verbrannten sie zahlreiche Pflanzungen und zerstörten die Eisenbahnen. Marquis Martinez Campos befahl den Generalen Balboa, Alcega und Navarro unter allen Umständen die Anständigen anzugreifen. Die Anständigen griffen die Spanier an und töteten 70 spanische Soldaten bei Jacan. Es geht das Gerücht, daß eine große Schlacht in der Nähe von Matanzas stattgefunden hat. Die Anständigen sind nur noch 50 Meilen von der Stadt Havana entfernt.

Nach einem weiter eingegangenen Telegramm aus Havana, daß Marquis Martinez Campos der Führer der Anständigen, Gomez 21 Meilen von Matanzas entfernt nach einem verheerenden Kampfe vollständig geschlagen. Die Anständigen verloren an Toden und Verwundeten 700 Mann. Die spanischen Truppen, deren Verluste unbedeutend sind, verfolgten die Flüchtigen.

Eine amtliche Depesche meldet, daß der Marquis Martinez Campos in Havana angekommen ist, wo er von den Beförderern, den Kommissaren der drei kubanischen Parteien und einer sehr großen Volksmenge mit Ovationen empfangen wurde. Campos hielt es für angebracht, nach Havana zurückzutreten, um von dort aus die Operationen weiter zu leiten.

### Italien.

In den letzten Tagen sind in Afrika neuere Verträge eingetreten. Die „Agenzia Stefani“ meldete am Dienstag aus Massaua:

Major Galliano hat dem General Baratier am 20. d. abends eine Nachricht abgeben lassen, welche bestätigt, daß das an diesem Tage stattgehabte Schermüßel nur von geringer Bedeutung war, und immer noch unentschieden, daß die Absicht des Feindes nur auf eine Einschließung des Forts Masalle, nicht aber auf eine Erstürmung desselben gerichtet sei. Den Bericht eines Kundstücker zufolge soll König Menelik in Wal-Mesajil angekommen sein; jedoch bedarf diese Nachricht noch der Bestätigung. Von dem in diesen Tagen verlaufenen Vorzeichen der Truppen des Ras Makonnen über Ghenkel hinaus liegt bisher noch keine Meldung vor.

Eine weitere Meldung von vorgestern lautet:

In der Umgebung des Forts von Masalle haben sich einige feindliche Abtheilungen, die auf der Suche nach Lebensmitteln waren, gezeigt. Major Galliano ließ am Sonntag einige Kanonenschüsse auf dieselben abgeben und erhob Vorstellungen bei Ras Makonnen. Letzterer belegte die Ueberreiter seiner Befehle mit Strafen, da er erklärt hatte, er betrachte die Feindschleichen bis gestern abend für eingekesselt. Das Lager des Makonnen befindet sich in einer Entfernung von 1 1/2 Stunden von dem Fort von Masalle. Es scheint, daß in dem Lager eine Viehescheue ausgebrochen ist; die Schwoerer leiden Mangel an Lebensmitteln und suchen sich solche durch Streifzüge zu verschaffen. Einige Abtheilungen von Angängern des Ras Makonnen sollen sich in der Gegend von Abba und Sannin gezeigt haben.

Das Weihnachtsfest ist völlig ungestört verlaufen. Ein Telegramm von gestern meldet:

Trotz der Kälte in den Nächten ist der moralische Zustand und die Gesundheit der Truppen sehr gut. In der Landeshauptstadt herrscht überall Ruhe. Es werden Einfälle von Arabern nach Enderbi, Zambon und Gheralita gemeldet. Nach Berichten von Kundstücker, die gestern von Dolo nach dem Süden von Masalle abgegangen sind, ist das Lager der Schwoerer nicht verlegt worden; die letzteren scheinen auch nicht zu beschuldigen, Masalle anzugreifen. Einer von den Arabern zur Beobachtung von Masalle bleiben, der andere heute oder morgen über Abba nach Sannin gehen.

### Nordamerika.

Aus sicherer Quelle verlannt über die Bestimmungen der Finanzvorlagen des Ausschusses für Mittel und Wege, welche als entsprechende Antwort auf die Botschaft des Präsidenten Cleveland im Repräsentantenhaus eingebracht werden sollen, daß die erste Vorlage, welche die Vermehrung der Staatseinkünfte zur Vermeidung eines Defizits verleiht und die bis zum 1. August 1898 in Kraft bleiben soll, die Verlegung von Wollen und Wolllwaren sowie von Bauholz mit einem Zoll bestimmt, dessen Höhe 60 Proz. der Tariffhöhe des Mac Kintleygesetzes beträgt. Ferner verleiht die Vorlage eine Erhöhung der gegenwärtigen Zollsätze für Getreide, Brodfrüchte, Vieh, Wolle, Wolleprodukte und Seifeln um 25 Proz. und endlich eine allgemeine 10prozentige Erhöhung der anderen Tarife, welche jedoch keinesfalls die Höhe des Mac Kintleygesetzes übersteigen soll, mit Ausnahme der Fälle, wo der gegenwärtige Tarif höhere Sätze als jener enthält. Die zweite Vorlage verleiht die Einführung eines unbefristeten Zehnten 3proz. Zehnten auf 5 Jahre laufender Einbonds zum Schutze der Goldreserven unter der Bedingung, daß dieselben zur Einlösung des Papiergeldes und nicht zur Deckung der schwachen Defizits verwendet werden. Ferner bestimmt die zweite Vorlage die Ausgabe zweiprozentiger Schatzgertifikate auf ein Jahr, um Höchstbeträge von 50 Millionen Dollar zur Deckung des Defizits.

### England.

Sir Augustus Hemming, welcher mehrfach in Specialmissionen nach Berlin gesandt worden war, ist zum Gouverneur von Britisch-Guyana ernannt worden. Die Ernennung hat unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine besondere Bedeutung.

Sir Edward Harland, Parlamentarier für Belfast und Chef der Schiffbauindustrie Harland & Wolff, ist gestern gestorben.

Auf eine Anfrage der „New York World“ bezüglich der venezolanischen Frage antworteten der Prinz von Wales und der Herzog von York gemeinschaftlich telegraphisch, sie könnten nur glauben, daß die gegenwärtige Krisis in einer für beide Länder zufriedenstellenden Weise beigelegt und ihre warme Freundschaft, wie sie bisher schon so viele Jahre bestand, erhalten werde.

Die parlamentarische Kommission für die Anstellung von 1890 sprach sich mit allen gegen eine Stimme im Prinzip für die Anstellung aus.

### Japan.

Nach einer Meldung des „Hinteren Bureau“ ist der Kreuzer „Kawaning“, welchen die Japaner dem Chinese in japanisch-chinesischen Krieg gewonnen hatten, bei den Pescadores-Inseln am 21. Dezember gesichtet; mehrere Offiziere und etwa 60 Mann werden vermisst.

### Gerichtsverhandlungen.

R. Baumhau 24. Dez. (Zollefabrik) Die Strafammer verurtheilte den Landwirt Plehmann aus Gersdorf bei Weiselsfeld zu 100 M. Strafe; er war eines Tages so trüb durchs Dorf gefahren, daß ein fünfjähriges Kind nicht hätte ausweichen können, sondern überfahren worden war und einen Oberschenkelbruch erlitten hatte.

### Provinzialnachrichten.

\* In Kürze sollen in unserer Provinz zwei große Berathungen stattfinden sich mit dem neuen Bundesgesetz über die Einkommensteuer beschäftigen, und zwar wird die eine dieser Berathungen am 30. Dezember in Magdeburg, die andere am 7. Januar n. Z. in Halle a. S. stattfinden. Veranstalter dieser Berathungen ist die Direktion des Landwirtschaftlichen Centralvereins der Provinz Sachsen usw., in deren Namen uns Herr Landesökonomikrat von Wenzelsteinfels um die Berücksichtigung der nachstehenden Kundgebung ersucht:

„Stellungnahme zu der geplanten Novelle zum Bundeserwerbgesetz.“

Mit Spannung sieht nicht bloß die Zuderindustrie unserer Provinz, sondern vor allen Dingen auch alle interessierten landwirtschaftlichen Kreise den kommenden Verhandlungen im Reichstage über die Novelle zum Bundeserwerbgesetz entgegen, da dieselben eine Frage betreffen, welche die vitalen Interessen dieser Kreise und man kann sagen der ganzen Provinz berührt. Da ja das Aufstehen der landwirtschaftlichen Berufe in der Provinz Sachsen in engem Zusammenhange mit dem Aufstehen der Zuderindustrie und dem fortwährenden Ausbau der Zuderwerke.

Der Inhalt des Gesetzesentwurfs ist ja bekannt und soweit wir die Stimmen bis jetzt gehört haben, sind die Interessen unserer Provinz, den Wünschen der Mitglieder der Reichsversammlung ihre Zustimmung zu geben. Die Ziele beruhen hauptsächlich

- 1) auf der dauernden Einführung erdöler Ausfuhr-Bönnen, und die Konfurrenzfähigkeit unserer Zuderfabrikation nach dem Auslande zu sichern;
- 2) auf der Absicht, die Zuderindustrie als eine landwirtschaftliche Industrie zu erkalten;
- 3) auf einer Einschränkung der unethischen Verwertung der Zuderfabrikation durch erhöhte Besteuerung und Kontingentierung, um dadurch auch einer Ueberproduktion vorzubeugen.

Wenn nun auch bez. des letzten Punktes in unserer Provinz einige Abweichungen in den Anschauungen herrschen, so wird aber doch allgemein freudig und mit Genugthuung anerkannt, daß die Regierung durch die Vorlage des Gesetzesentwurfs das Beste für die Interessen der Provinz zu thun sucht. Die Zuderindustrie dem Auslande gegenüber zu sichern. Gerade deshalb ist es aber die Pflicht der interessierten Kreise, die Regierung in ihrem Vorhaben zu stärken und für den Gesetzesentwurf einzutreten.

Während der Zuderindustriellen unserer Provinz ist dies in sich gefascht, es gilt nun aber auch die Stimme der Nebenproduzenten Landwirthe in die Wagschale zu werfen und die Gerechtigkeit der Anschauungen zwischen Nebenproduzenten und Zuderindustriellen zum Ausdruck zu bringen. Zu diesem Behufe hat die Direktion des landwirtschaftlichen Centralvereins der Provinz Sachsen die Einberufung von 2 großen Berathungen geplant, zu welchen nicht nur die Landwirthe, sondern auch die Zuderindustriellen eingeladen sind. Die erste dieser Berathungen soll am Montag, den 30. Dezember d. J. Vormittags 12 Uhr im „Sofbräu“ in Magdeburg in der Hofstraßestraße und die andere Dienstag den 7. Januar Vormittags 12 Uhr im Hotel Kronprinz in Halle a. S. stattfinden.

Durch geeignete Referenten wird der Gesetzesentwurf in diesen Berathungen beleuchtet werden.“

Wir sind die ersten, welche es der Zuderindustrie und den rübenbauenden Landwirthen übertragen müssen, wenn sie für eine gezielte Vertretung eintreten, die ihnen Vortheile bringen soll. Man sollte dabei aber auch des dritten Faktors, der in der Zuderfrage eine Rolle spielt, nicht vergessen, der Zuderkommissionen. Dem es liegt klar auf der Hand, daß die Vortheile, welche jetzt der Zuderindustrie zugewendet werden sollen, erst dadurch zu ermöglichen sind, daß man den Zuderindustriellen neue Kosten in Gestalt von höheren Zuderpreisen auferlegt.

Esleben, 26. Dez. (Lehrerwahl) Das Jahr 1895 ist nicht zu Rülde gegangen, ohne der hiesigen Lehrerschaft die Erfüllung der lange verheißenen Erlaß durch den Sen. Minister resp. die königliche Regierung zu bringen. Gestern sind die Hinzunehm am 1. Oktober an nicht weniger als in Aussicht genommen um 1. April an, ansprachlos. Das Durchschnitt beträgt nun 2400 Mark.

Z. Zengerhauer, 25. Dez. (Ständehaus) Da sich für unsere Stadt wegen der nicht mehr genügenden Räume in dem Landratsbureau der Bau eines Kreis-Ständehauses als notwendig herausgestellt hat, so erucht Herr Landrat von Döllchen um Anleihen geeigneter Baupläne.

Wettlin, 26. Dez. (Sam Ward) Wie uns glaubwürdig mitgeteilt wird, sollen die durch den Gerichtsbescheid Geringe werden Beträge in Höhe von nahezu 60.000 M. befreit werden. Selbst die nächsten Verwandten sollen nicht von Verlusten betroffen sein. In raffiniertester Weise soll S. Kostenrechnungen von Gerichts wegen für sich liquidirt und mit dem Gerichtsbescheid versehen haben; wenn etwa Leute kamen und sich über die Höhe der Rechnungen beschwerten, dann wollte er dieselben in einer Weise lo zu bestrafen, daß sie eben nicht anders konnten, als dem Beuten vertrauensvoll zu glauben. Neben anderen Positionen soll S. mit Vortheile auch der Zigaretten abgeben haben.

\* Weisensfeld, 26. Dez. (Zuckelmann) Herr Stadtmusikdirektor Buchheiter, dessen Verdienste hinlänglich bekannt sind, beging gestern sein fünfzigjähriges Jubiläum als Leiter des Stadtkorpses.

△ Preis, 25. Dez. (Rektorwahl) Zu der durch Konfirmation des Senats bezogenen Angelegenheit der III. hiesigen Stadtschule erzielte Resultate werden am 31. Dezember einbezogen. Von den drei zur engeren Wahl gestellten Bewerberinnen wurde Dr. Rektor Plannenschmidt aus Ronnbürg am Satz gewählt.

\* Schönebeck, 26. Dez. (Stadtkreispost) Unter dem Namen „Courier“ ist hier eine Privat-Stadtkreispost und Postbeförderung eingerichtet. Viele und Stellen sollen 3 Monate ein offener Brief 17, Pfenning und ein Paket mit 5 Rthl 15 Pfenning. Die Beförderung erfolgt an Wochentagen fünf mal Sonntag ein mal.





